



PRESSEMITTEILUNG

Nr. 208/GP

26.10.2017

**Huml dringt auf rasche Einigung für eine Reform der zahnärztlichen
Ausbildung - Bayerns Gesundheitsministerin anlässlich der Eröffnung des
58. Bayerischen Zahnärztetages in München**

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml wirbt für eine zügige Einigung bei den Verhandlungen zu einer Reform der zahnärztlichen Ausbildungsordnung. Huml betonte am Donnerstag anlässlich der Eröffnung des 58. Bayerischen Zahnärztetages in München: "Ich setze mich nachdrücklich für eine Reform der zahnärztlichen Approbationsordnung ein. Zwar erhalten die Studierenden in Deutschland auch aktuell eine hochwertige und international anerkannte Ausbildung nach neuesten Standards. Doch das ist allein den Fakultäten und Professoren zu verdanken, die das Beste aus der rechtlichen Situation machen. Eine Reform der aus dem Jahr 1955 stammenden Approbationsordnung ist fachlich sinnvoll und dringend notwendig."

Die Ministerin fügte hinzu: "Die Reform der Ausbildung stellt eine zeitgemäße und qualitativ hochwertige zahnmedizinische Ausbildung sicher. So wird unter anderem der vorklinische Studienabschnitt an das Medizinstudium angeglichen und soll in den ersten Studienjahren einen Wechsel erleichtern. Auch werden die Ausbildungsinhalte neu gewichtet und die wissenschaftliche Kompetenz der angehenden Zahnärztinnen und Zahnärzte gestärkt."

Huml ergänzte: "Darüber hinaus erhalten die Universitäten im Zuge der Reform die Möglichkeit, Modellstudiengänge einzurichten. Dadurch wird die Flexibilität in der Lehre gestärkt. Zudem sollen die Lehrkräfte künftig weniger Studentinnen und Studenten betreuen. Dadurch erhalten die Studierenden in kleineren Gruppen eine noch nachhaltigere Ausbildung."

Mit Blick auf die Verhandlungen zur Reform betonte die Ministerin: "Bereits 2011 hat der Bund eine Novelle angestoßen und die Länder in die Arbeit einbezogen. Ich hoffe, dass die Verhandlungen jetzt bald abgeschlossen werden und die neue Approbationsordnung zügig kommt. Aus meiner Sicht ist der Verordnungsentwurf sehr zu begrüßen. Das Bundesratsplenum wird Anfang November darüber abstimmen."